



**Geschäftsführung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und
Rechtsfragen / Vergabe / Internationales**

Frau Mahmod

Telefon: (0221) 221 25001

Fax : (0221) 221 26565

E-Mail: midia.mahmod@stadt-koeln.de

Datum: 13.03.2018

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses
Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe /
Internationales vom 12.03.2018**

öffentlich

**4.3 Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik, 2. Folgebericht
Controlling der Umsetzung der Einzelmaßnahmen
0224/2018**

Herr Bauer-Dahm teilt mit, dass sich seine Fraktion darüber freue, dass der Status von vielen Maßnahmen mittlerweile auf „grün“ gesetzt werden konnte. Dies sei ein großer Fortschritt.

Er bezieht sich auf die Maßnahme 6.7 *Bürgerzentrum Vingst*. Hier werde die barrierefreie Ertüchtigung aufgrund einer nicht vorliegenden Wirtschaftlichkeit abgelehnt. Seine Fraktion tue sich mit dieser Aussage ein wenig schwer und frage sich, wie dies mit der UN-Behindertenkonvention, nach welcher öffentliche Gebäude behindertengerecht zu gestalten sind, in Einklang zu bringen ist. Er bittet die Verwaltung daher im Namen seiner Fraktion um eine weitergehende Antwort bzw. Stellungnahme.

Herr Beigeordneter Dr. Rau bestätigt, dass die UN-Behindertenrechtskonvention in der Tat die Barrierefreiheit bzw. -armut vorsieht. Die Konvention nehme allerdings auch explizit Rekurs auf die wirtschaftliche Situation und Machbarkeit. Folglich müsse jeweils im Einzelfall entschieden werden, wobei die Verwaltung selbstverständlich die Barrierefreiheit anstrebe.

Herr Adolf weist darauf hin, dass der Status von einigen Maßnahmen auf „gelb“ gesetzt wurde. Dies bedeute, dass dort ein Nachsteuern erforderlich ist. Im Bericht werde aufgeführt, dass in Bezug auf die Umsetzung der Maßnahmen 1.3, 1.14, 3.2 und 6.11 entsprechendes Personal fehlt. Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik frage sich daher, ob es im Zusammenhang mit den erforderlichen Nachsteuerungen nicht sinnvoll wäre, die Verwaltung um Darstellung zu bitten, wie diese Nachsteuerung auszusehen hat und darzulegen, ob auch entsprechendes Personal eingestellt werden soll. Er möchte vermeiden, dass der Status der genannten Maßnahmen im nächsten Jahr erneut auf „gelb“ gesetzt wird.

Herr Beigeordneter Dr. Rau sagt zu, den Ausschuss über die Maßnahmen des Nachsteuerns zu informieren.

MdR Joisten bedankt sich bei Herrn Bauer-Dahm für seine Nachfrage in Bezug auf Punkt 6.7. Er möchte wissen, ab wann eine solche Maßnahme in einem Bürgerzentrum wirtschaftlich ist. Zwar sei es selbstverständlich, dass der wirtschaftliche Aspekt eine Rolle spiele, allerdings frage er sich, ab wann sich eine solche Maßnahme im wirtschaftlichen Sinne trägt. Für ihn sei nicht transparent, nach welchen Kriterien eine derartige Entscheidung getroffen wird. Daher bittet er die Verwaltung um Erläuterung.

Herr Beigeordneter Dr. Rau ergreift das Wort.

Aus seiner Sicht sollte nicht daran gezweifelt werden, die Bürgerzentren und die städtischen Gebäude barrierearm zu gestalten. Hier sollten die entsprechenden Kräfte aufgebracht und keine Grenze definiert werden, wann dies nicht umgesetzt wird. Stattdessen sollte man alles an die Umsetzung setzen und diese als oberste Maxime begreifen.

Er teilt mit, dass er sich diesbezüglich über den Rückhalt des Rates und der Entscheidungsgremien freuen würde bzw. er sich diesen erbete.

Auf Nachfrage von MdR Joisten führt er aus, dass dem vorliegenden Bericht zu entnehmen sei, dass die o. g. Maßnahme noch nicht umgesetzt wurde. Daher habe er soeben zugesagt, dem Ausschuss über die Nachsteuerung seitens der Verwaltung zu berichten. Die Verwaltung werde versuchen, die Situation nicht ohne weiteres hinzunehmen, sondern entsprechend dagegen vorzugehen bzw. nachzusteuern.

Der Vorsitzende nutzt die Gelegenheit, die Verwaltung ausdrücklich zu loben. Von den insgesamt 111 Maßnahmen seien 84 Maßnahmen bereits sehr weit fortgeschritten. Aus seiner Sicht sei dies ein wichtiger Fortschritt für die inklusive Gestaltung der Stadt. Im Namen des Ausschusses teilt er mit, dass sich dieser auf die weitere Berichterstattung freue.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.